



Dieter Giesecking, Postfach 100653, D-75106 Pforzheim, den 8. August 2020

Bundesministerium der Justiz und Verbraucherschutz
Justizministerin Christine Lambrecht
Mohrenstraße 37

10117 Berlin

**Gesetzespaket zur Verschärfung im gesamten Sexualstrafrecht(u.a.)
Hier: Petition an den Deutschen Bundestag**

Sehr geehrte Frau Lambrecht!

Auf medialen Druck der Bildzeitung und des Koalitionspartners CDU/CSU haben Sie einen plötzlichen Sinneswandel hinsichtlich der bestehenden Gesetzgebung im Sexualstrafrecht vollzogen. Gegenwärtig arbeitet Ihr Haus an größten Gesetzesverschärfung, die es seit Bestehen der Bundesrepublik bzw. nach Kriegsende noch nicht gegeben hat. In einem Schnellschuss wollen Sie schon während der parlamentarischen Sommerpause in dieser Woche einen Referentenentwurf vorlegen. Dies haben Sie in einem Interview für Domradio.de bekannt gegeben:

<https://www.domradio.de/themen/soziales/2020-08-05/wahrung-des-kindeswohls-steht-im-zentrum-lambrecht-will-abstammungs-und-sexualstrafrecht-reformieren>

Vor rund drei Wochen habe ich als Haupt-Petent eine Petition gegen diese Verschärfungen im Sexualstrafrecht beim Petitionsausschuss eingereicht, die auch bei openPetition bis zum 28. August 2020 laufen wird. Das Petitionsverfahren wird nicht so schnell abgeschlossen werden können wie Ihr Schnellschuss mit dem Referentenentwurf. Ganz offensichtlich soll eine gesellschaftspolitische Diskussion verhindert werden. Der Petitionsausschuss wird das Bundesjustizministerium in diesem Verfahren gemäß den Richtlinien zwar noch zu einer Stellungnahme auffordern. Zu diesem Zeitpunkt könnte jedoch schon der fertige Gesetzentwurf vorliegen, vom Bundeskabinett geschlossen und in erster Lesung in den Bundestag eingebracht worden sein. Aus vorgenannten Gründen sehe ich mich verlasst, Ihnen schon jetzt meine Petition für eine Stellungnahme zu senden.

In der Anlage finden Sie auch zwei kritische Debatten-Beiträge von Prof. Dr. Hörnle und Prof. Dr. Kreuzer. Diese vorgetragene Kritik bis Ablehnung Ihrer Strafrechtsverschärfungen sollten beim Referentenentwurf und folgenden Gesetzentwurf berücksichtigt werden. Im Gesetzgebungsverfahren werden sich bei den Anhörungen im Rechtsausschuss mit Sicherheit weitere Experten/Sachverständige gleich oder ähnlich ablehnend äußern. Ich beabsichtige, an diesen Anhörungen im Rechtsausschuss persönlich teilzunehmen.

Sobald mir der Referentenentwurf bzw. Gesetzentwurf vorliegt, erhält der Petitionsausschuss des Bundestages eine umfassende Stellungnahme. Eine Kopie werde ich auch an Sie senden.

Als Inhaber meiner Webseiten K13online berichte ich fortlaufend in News über meine Petition sowie über das Gesetzgebungsverfahren aus der Sicht einer pädophilen Redaktion. Die Bundesrepublik Deutschland ist eine repräsentative und pluralistische Demokratie. Die sexuelle Minderheit der Pädophilen bzw. Pädosexuellen wird dabei verfassungswidrig ausgeschlossen. Die strafrechtliche, mediale und gesellschaftliche Ausgrenzung & Verfolgung erinnert an düstere Zeiten deutscher Geschichte. Die dabei angewandte Methodik ist nahezu vergleichbar mit der Judenverfolgung im Nazi-Deutschland vor der Reichskristallnacht. Der Begriff Pädophilie wird mit Kinderschänder gleich gesetzt. Das öffentliche Outing von Pädophilen führt grundsätzlich zur Vernichtung von beruflichen und privaten Existenz. Ausnahmen wie K13online/meine Person bestätigen die Regel. Gerechtfertigt werden solche faschistischen Methoden mit einem besseren Kinderschutz. Dabei werden die Grund- und Menschenrechte der sexuellen Minderheit der Pädophilen außer Kraft gesetzt. Eine solch repressive Sexualpolitik trägt jedoch nicht zu einem besseren Schutz von Kindern vor sexualisierter Gewalt bei. Im Gegenteil: Jede Form von Ausgrenzung & Verfolgung ist völlig kontraproduktiv und wird das latente Risiko erhöhen. Immer schärfere Gesetze werden genau das Gegenteil von dem bewirken, was angestrebt wird. Die Fallzahlen in der jährlichen Kriminalstatistik werden rapide ansteigen. Die Ermittlungsbehörden, Staatsanwaltschaften und Gerichte werden noch mehr überlastet werden. Die Justizvollzugsanstalten werden sich füllen und ausgebaut werden müssen.

Das oben aufgeführte wird langfristig nicht zur Lösung der Pädophilie-Problematik beitragen. Ohne eine gesellschaftliche und politische Teilhabe der geschätzten 250 Tausend Pädophilen allein in Deutschland wird es keine Problemlösung zum gesamten Themenkomplex der Pädophilie/Pädosexualität sowie sexualisierter Gewalt gegen die sexuelle Selbstbestimmung von Kindern/Jugendlichen geben können. Aufgrund meiner über 20-jährigen Erfahrungswerte bin ich fest davon überzeugt, dass der beste Kinderschutz darin besteht, wenn sich jeder Pädophile ohne Angst vor Ausgrenzung & Verfolgung outen kann. Die Pädophilie muss als eigenständige sexuelle Neigung/Orientierung/Identität offiziell anerkannt werden. Kann sich ein Pädophiler zumindest in seinem Lebensumfeld problemlos outen, dann führt dies zu einer sozialen Kontrolle. Diese soziale Kontrolle wird dazu führen, dass sexualisierte Gewalt an Kindern erheblich gemindert wird. Die Anerkennung der Pädophilie ist der beste Kinderschutz. Schon jetzt wird die Pädophilie in den Katalogen der DSM5 & ICD10 nur noch dann als „Störung der Sexualpräferenz“ bewertet, wenn der Pädophile darunter leidet und/oder für sich(Suizid) bzw. Dritte(Kinder) eine konkrete Gefahr darstellt. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass die weit überwiegende Mehrheit der Pädophilen nicht von diesen Katalogen betroffen sind, zumal ohnehin nur die Hälfte von diesbezüglichen Sexualstraftaten von Kern-Pädophilen begangen werden. Die andere Hälfte sind sogenannte Ersatzhandlungsträger. Ganz offensichtlich sind diese Realitäten & Wahrheiten (noch) nicht beim Gesetzgeber angekommen. Jedenfalls findet auf bundespolitischer Ebene kein Diskurs dazu statt. Eine politische Debatte, insbesondere im Deutschen Bundestag, ist jedoch dringend notwendig, denn es geht aktuell um die größte Gesetzesverschärfung im Sexualstrafrecht seit Kriegsende. Gesetzgeberische Schnellschüsse führen mit Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit vor das Bundesverfassungsgericht...

Mit freundlichen Grüßen

Dieter Giesecking

Anlagen

Petitionsausschuss Konvolut

taz-Artikel mit Prof. Dr. Hörnle

kripoZ-Artikel mit Prof. Dr. Kreuzer

K13online News vom 8. August 2020

K13online Visitenkarte